

Die Halle monatlich... 1.10 Mk. vierteljährlich 3.30 Mk. durch die Post 3.25 Mk. ausgl. Zustellungsgebühr.

Saale-Beitung.

wenden die Angehörigen... 11 Uhr, in der Gesamtversammlung 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigen... 17. Sternengäßchen Markt 24.

Fünzigster Jahrgang.

Nr. 499.

Halle, Dienstag, den 24. Oktober

1916.

Norwegen und Deutschland.

Die Protestnote an Norwegen.

Von Dr. Josef Bayer.

Es ist sehr erfreulich, daß die deutsche Regierung in Christiania zweifellos zu erkennen gegeben hat, daß sie das Vorgehen Norwegens in der Unterseebootsfrage als dem...

Es kann keine Frage sein, daß rein völkerrechtlich die Verordnung, welche Norwegen am 13. Oktober erlassen hat, nicht haltbar ist. Die Christiantaer Regierung könnte, wenn sie wollte, allen Kriegsschiffen der kriegführenden Nationen...

Die Wirkung, auf die es England ankommt, daß die Tätigkeit der Unterseeboote selbst lahmgelegt werden soll, wird keineswegs eintreten. Die Angabe, daß die norwegischen Schiffe unseren Tauchbooten als „Operationsbasis“ dienen...

Christiania, 22. Oktober. Die vom deutschen Gesandten überreichte Protestnote wurde heute von der norwegischen Regierung beraten. Inher den geltend gemachten Auforderungen von „Hstenpollen“ und „Sjöfarts Tidende“ enthält...

Der österreichisch-ungarische Seeresbericht.

WTB. Wien, 23. Oktober. Amtlich wird veröffentlicht:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generals der Kavallerie Czjherzog Karl.

In den Kämpfen bei Predeal wurden sechs rumänische Offiziere und 555 Mann gefangen. Die Gefangnisse sind unverändert.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Das weltliche Flottenkommando wurde durch Wegnahme des letzten noch von den Russen besetzten kleinen Geländes...

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der südtürkischen Front nahm das italienische Artilleriekorps gestern wieder an Seigtätigkeit zu. In Tirol und Kärnten war die Seigtätigkeit gering.

Südbölicher Kriegsschauplatz.

Bei den I. u. K. Truppen nichts Neues. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Gesamt daraus gemacht, seine Schiffstomage zur Beförderung dieser Banname nach den russischen Häfen an der Bismarkküste zur Verfügung zu stellen. Es mußte selbstverständlich das Risiko, das mit solchen Transporten verbunden ist, auf sich nehmen, und es kann dieses Risiko...

Die Sympathie, die Norwegen für seine Seigtschiffe unter den heutigen Umständen empfindet, verstehen wir. Wir verstehen auch die Neigung, einem so guten Kunden entgegenzukommen. Nur hätten wir es nicht für möglich gehalten, daß die Englandfreundlichkeit der Norweger so weit gehen könnte, jede Selbständigkeit der Entscheidung aufzugeben...

Das war für uns nach langen Jahren freundschaftlichen Beziehungen und eines für beide Teile erprobten Handelsverkehrs eine bittere Wahrnehmung. Wir müssen uns aber ehrlicherweise sagen, daß bei der Bildung der englandfreundlichen Sympathien während des Krieges die Furcht vor England ein gut Teil mitgewirkt hat. Im Grunde müssen sich alle einmütigen Norweger klar darüber sein, daß die Freundschaft Deutschlands, sobald wieder normale Verkehrsbeziehungen zwischen den Völkern eingetreten sind, für sie so wertvoll sein wird wie je zuvor, und mindestens so wertvoll wie die englische Freundschaft. Es ist eine kurzfristige Politik, die dies jetzt außer acht läßt, und der energische Protest der deutschen Regierung dürfte vielmehr die bestmögliche Wirkung haben, die Aufmerksamkeit ein wenig auf diesen Umstand hinulenken. Daß die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Interessen sehr wohl mit der Wahrung der nationalen Würde auch unter schwierigen Umständen vereinbar ist und auch wahre Neutralität gegenüber dem herrschenden Gebaren der Entente aufrecht erhalten werden kann, das haben erst in ihren Wirtschaftsbeziehungen mit den beiden kriegführenden Parteien die Schweiz bewiesen. Ueber kurz oder lang wird sie die Früchte ihrer klugen Politik einheimen können, wenn Norwegen die Folgen seiner freiwilligen Vasallenschaft für England zu beklagen haben wird.

Die Mitteilungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann an den Vertreter der „Hstenpollen“ sind recht ernst gehalten und zeigen der norwegischen Regierung, wohin der von ihr eingeschlagene Weg notwendig führt.

Christiania, 22. Oktober. Die vom deutschen Gesandten überreichte Protestnote wurde heute von der norwegischen Regierung beraten. Inher den geltend gemachten Auforderungen von „Hstenpollen“ und „Sjöfarts Tidende“ enthält...

Die übrige Presse vorläufig jeden Kommentars und wartet offenbar eine Weile ab.

„Hstenpollen“ notwendig heute abend ein Interview ihres Berliner Mitarbeiters Professor Holtmann mit Unterstaatssekretär Zimmermann, der im Sinne der gestern durch den Kaiserlichen Gesandten überreichten Note die deutschen Seigtschiffe unterrichtet und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß das norwegische Volk und seine Regierung diese deutschen Gründe zu würdigen wissen würden, anstatt sich immer mehr in Gegensatz zum Deutschen Reich zu setzen und das deutsche Volk in seinem Existenzkampf gegen eine übermächtige Koalition zu behindern.

Französische Hege in der deutsch-norwegischen Spannung.

e. B. Berlin, 23. Oktober. Die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen Norwegen und Deutschland wird nach Meldungen aus Paris in dortigen politischen Kreisen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der deutsche Protest an Norwegen, sowie die Stellung der deutschen Botschaft zu der norwegischen Antwort werden von den Blättern ausführlich diskutiert. In ähnlicher Verkennung der Tatsachen erhält Norwegen den freundschaftlichen Rat, „sich durch Drohungen nicht beeindrucken zu lassen und dem deutschen Druck nicht nachzugeben“.

Eine englisch-schwedische Wertschätzkonferenz.

Genf, 22. Oktober. (Genoa.) Französische Delegierte werden an der in Kürze in London stattfindenden englisch-schwedischen Wertschätzkonferenz teilnehmen, um den wirtschaftlichen Gütertausch mit Schweden zu regeln.

Amerika und „U 53“.

New York, 18. Oktober. (Zusatz vom Vertreter des WTB. Bericht eingetroffen.) Bezüglich der Frage, ob ein deutsches Unterseeboot in einem amerikanischen Hafen durch die Zeitungen unrechtmäßig gemeldet worden sei, haben die Zeitungen unrichtig gemeldet. Der amerikanische Mitarbeiter der „New York Times“ hat sich dazu hin, daß in August 1915 der französische Kreuzer „Admiral Dube“ in der Gegend von Norwegen in Empfang genommen und an Bord brachte, ohne daß in diesem Falle irgend eine diplomatische Frage gemacht worden wäre. Zur Angabe Genes, daß die britische Regierung bei den Vereinigten Staaten wegen des deutschen Unterseebootes „U 53“ keine amtliche Vorstellungen erheben werde, solange die Mitteilung über die Haltung der amerikanischen Regierung noch ausstehe, berichtet „Associated Press“ aus Washington, man erfährt von zutuniger Stelle, die Vereinigten Staaten würden keine Veranlassung erblicken, irgend eine öffentliche Erklärung über „U 53“ oder über die Unterseebootfrage im allgemeinen abzugeben. Der amerikanische Standpunkt beruht auf Washington, die Vereinigten Staaten würden bei der britischen und der französischen Regierung wegen der Schädigung amerikanischer Bürger durch die ungesetzliche Feinde der amerikanischen Völk durch die Mütterten Entschädigungsansprüche anmelden. Diese würden sich auf Millionen von Dollars belaufen.

Das Zahlverhältnis nach England zu groß.

L. U. Madrid, 23. Oktober. Die Mannschaften der acht griechischen Dampfer, die, wie berichtet, gemeutert hatten und in Las Palmas inhaft genommen wurden, haben an, daß das Zahlverhältnis nach England zu groß sei.

Vom Balkan.

Die gewaltigen Petroleumvorräte Konstantinas.

e. B. Genf, 23. Oktober. Die französische Presse zeigt sich über die Entwicklung der militärischen Operationen in der Dobruddja und an der liebenbürgischen Grenze tief beunruhigt. So befindet sich das „Echo de Paris“ in der Konstantina Petroleumquellen im Hinterland, die den Deutschen in die Hände fallen könnten, und bemerkt, daß in Konstantina ungeheure Petroleumvorräte liegen, während die Petroleumquellen in Predeal durch den Vormarsch des Generals v. Falkenhayn bedroht würden.

Trübe Nachrichten unserer Feinde von der Saloniki-Front.

e. B. Berlin, 23. Oktober. Die Meldungen der französischen Presse von der Saloniki-Front sind nach den anfänglichen Siegesfanfaren recht resigniert geworden. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in Florina hebt die Stärke der bulgarischen Verteidigungsstellungen hervor, während der „Marin“ auf die Stärke der an der Saloniki-Front stehenden Truppen der Mittelmächte hinweist.

Die griechischen Wahlen verschoben?

Einer Athener Depesche der „Donner Blätter“ zufolge hat auf den Rat sämtlicher Ministere Parteiführer das Ministerium Lambros die Kammerwahlen vertagt und hat die Befamntgabe des neuen Datums vorbehalten.

Die „nationale“ Armee.

Reuter meldet aus Saloniki: Die „nationale Armee“ erhält fortwährend Verstärkungen. 800 Mann und 25 Offiziere der Athener Garnison sind gelandet. Weitere 500 Mann der Athener Garnison sind an Bord des belagerten österreichischen Landdampfers „Maritaband“ unterwegs. Die nationale Regierung hat 15.000 Uniformen für die Division von Seres bestellt und erteilt den Familien der Mobilisierenden Unterstützung. Es wird berichtet, daß die Mobilisierung auf Ghios, Samos und Mytilene und Aegina ein sehr befriedigendes Ergebnis ergibt. Auf Kreta wurden zwei Regimenter gebildet. Die Behörden glauben, daß bald drei vollständige Divisionen aufgestellt sein werden.

Aus dem Panzerkreuzer „Hedria“ und drei griechischen Torpedobooten ist eine Schiffsdivision gebildet.

Demütigung für König Konstantin.

c. B. Athen, 23. Oktober. Die Verminderung der Leibwache König Konstantins von 4000 auf 80 Mann wird nach Meldungen aus Athen in der Weise durchgeführt, daß dem französischen Chefinspektor der griechischen Polizei von der griechischen Regierung eine Liste aller Offiziere und Mannschaften, die die persönliche Schutzgarde bildeten, übergeben wird. Bei eventuellen Streitfragen zwischen dem französischen Inspektor und den griechischen Offizieren ist die Entscheidung des Ministers maßgebend. Der Times zufolge wurde im Verlaufe der vergangenen Woche von den französischen Patrouillen ein griechischer Offizier und ein Tierarzt verhaftet.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Vor den Präsidentenwahlen in Amerika.

TU. London, 23. Okt. Die „Morningpost“ vertritt aus Washington folgendes: Das „Chicago Journal“ behauptet, daß auf einer von mehr als 200 deutschen-amerikanischen Geistlichen abgehaltenen Versammlung ganz entschieden das Verbot abgelehnt worden ist, das Hughes unter dem Vorwand bei der Überführung seiner Machtbefugnisse zur Verwendung zu bringen. Bitter wurde verurteilt, das Hughes unter keinen Umständen Ansehen in sein Kabinett aufnehmen wird. Nach demselben Bericht sind den deutschen Predigern in Illinois, Ohio und Wisconsin und anderen Staaten, wo die deutschen Stimmen sehr reich vertreten sind, die gleichen Verfügungen gegeben worden und wird daher bei den deutschen Predigern darauf hingewirkt, ihren Einfluß bei den übrigen Amerikanern geltend zu machen, um für den republikanischen Kandidaten zu stimmen. Die politische Stimmung ist hierdurch ziemlich gemindert, aber es ist so wie zum Besten zu wünschen, daß diese schwerlich zu lauten.

Die Kundgebungen gegen Lord Salisbury.

c. B. Haag, 23. Oktober. „Daily Express“ melden, Lord Salisbury wurde am Ausgange des Unterhauses von einer Anzahl Frauen ermartet, die dort auch gegen andere Abgeordnete wegen der Mißerfolge des Auswärtigen Amtes demonstrierten, die zur gegenwärtigen Lage Rumaniens auf dem Balkan unfähig hätten. Lord Salisbury wurde bei seinem Erscheinen umringt. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er mit Lord Grey zusammenarbeite. Ein Zug Menschen, die Silke für Rumänien und Bentjolos forderten, begleitete ihn nach Hause.

Ein französischer General gefallt.

TU. Genf, 23. Okt. Ein französischer Meldung General Blatter zufolge ist der Kommandant, General Perceval, in den letzten Kämpfen gefallen. Er wurde durch General Petala ersetzt.

Schneider-Cressot in Oberbosnien.

TU. Zürich, 23. Okt. Aus Paris wird gemeldet: Schneider-Cressot baut große Werftstätten in Oberbosnien.

Die neue französische Kriegsanleihe.

TU. Haag, 23. Okt. Für die neue französische Kriegsanleihe wird in Holland eine lebhaftige Propaganda betrieben. Der „Telegraaf“ geht soweit, daß er ein weitverbreiteter Prospekt für seine Leser belief.

Doreley.

Ein Heimatroman aus Alt-Halle von Carl Kocco.

30. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Wo ein ganz geeigneter Treffpunkt für junge Mädchen war diese Konditorei eigentlich nicht, denn wenn Frau Lehmann außer ihren drei Stammgästen etwas hatte, so waren das junge Mädchen, die leichtfertigerweise, vielleicht ohne Erlaubnis, an Ende gar von Hausausgesandten, bei ihr Schmarotzer, oder Hofbesucherinnen essen wollten. Aber die jungen Damen hatten sich gefügt, bei Hausfrauen war es zu Hause, bei Landwirten saßen meistherweise Pödsogelisten. Es blieb schon nichts anderes übrig, als zu Lehmann zu gehen. Sie trafen's gut. Es war niemand da, der sie hätte hören können, und Frau Lehmann ging nicht mehr in die Küche hinein, so überließ wurde der kleine Raum durch die vielen Mädchen. Sie saßen so acht um den Tisch und aßen das Weisfage dieser Jahr an Erdbeerbrötchen mit Schlagfahne. Leonore war dabei und Fräulein Erna Zeh aus Pöhlben.

„Nun“, sagte Lorch, „als ich die Glasscheiben alle blank geleselt hatten, was hab ich denn nun herausbekommen?“

„Rein gar nichts“, antwortete Liese Schmidt. Das war diejenige, der die Wollkarte in namenloser Aufwendung geschickt worden war.

„Und du, Erna, kannst auch du uns nichts sagen?“ „Ich weiß auch nichts“, entgegnete Erna.

„Hier ist der Briefeingang, in dem mir die Karte zugehört wurde“, fing Liese Schmidt wieder an. Die Handschrift kennt keiner. Cur e Schrift hab ich noch nicht verstanden. Bitte, nehmt doch mal jede einen Bleistift und schreibt alle hier auf dies Papier die Adresse: Fräulein Liese Schmidt, per Adresse Herrn Regierungsrat Schmidt, Große Ulrichstraße 16. Ich will nach eurer Handschrift doch mal feststellen, daß ich der Briefschreiber nicht sein kann.“

„Na, mich läßt du hoffentlich aus mit deiner Untersuchung“, rief Erna Zeh.

„Grade dich nicht“, lachte Leonore. „Du bist zwar die ursprüngliche und glückliche Adressatin dieser Karte und kennst also die Briefschreiberin, aber ich verfolge — aber ich muß gehen, grade ich hab ich im Verdacht.“ Erna fuhr gereizt auf.

Wittlicher Bericht der Seeresleistung.

(Wiederholt. Bereits in größten Teile der gestrigen Abendausgabe enthalten.)

W.B. Großes Hauptquartier, 23. Oktober 1916.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Mit unveränderter Stärke ging gestern der gemalige Artilleriekampf auf dem Nordsee der Sommer weiter.

Vom Nachmittag bis tief in die Nacht hinein griffen zwischen Le Sars und Lesboeue die Engländer, anschließend bei Bancourt die Franzosen mit starken Kräften an.

Andere tapfere Infanterie, vortrefflich unterstützt durch die Artillerie und Pflüger, wies in ihren zusammengebrochenen Stellungen alle Angriffe zurück ab, nur nordwestlich von Sallig ist der Franzose in einen schmalen Grabenrest der vordersten Linie beim Nachtangriff eingedrungen.

Endlich der Sommer gelang am vormittag unser Vorstoß im Nordwest des Landes Albes nördlich von Chauvaux. Heute nacht ist dort befehlsgemäß unsere Verteidigung ohne Einmischung des Feindes in eine stütz des Waldflüches vorbereitete Stellung gelegt worden.

Seeresgruppe des Deutschen Kronprinzen.

Zwischen Agnonen und Noerte war das Artilleriefeuer lebhaft.

Nach der Rüste, im Sommer und Massengebiet jeder rege Fliegeraktivität. 22 feindliche Flieger sind durch Luftangriff und Abschweber abgeschossen. 11 Flugzeuge liegen hinter unseren Linien. Hauptmann Bölle besaß seinen 37. und 38. Luftmann Franz 14. 6. 19. im Luftkampf.

Flugzeuge des Feindes bewarnten Mch und Ostfliegen in Vöhringen mit Bomben. Militärischer Schaden ist nicht entstanden, wohl aber starken fünf Zivilpersonen und erkrankten sieben weitere infolge Einatmen der den Bomben entströmten giftigen Gase.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzgen Leopold von Bayern.

Außer zeitweilig lebhaftem Feuer westlich von Luz und der jetzt durchgeführten gänzlichen Vertreibung der Russen vom Westufer der Karajowa keine besonderen Ereignisse.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Am Predal-Bah machten wir 560 Rumänen, dabei sechs Offiziere, zu Gefangenen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Trotz strömenden Regens bei aufgeweichtem Boden haben in unermüdlichem schnell wechselnden die verbündeten Truppen in der Dobrußa, einzelnen Widerstand brechend, die Bahnlinie östlich von Marfatia weit überzerrt.

Konstantin ist genau acht Wochen nach der Kriegserklärung aus dem deutschen und bulgarischen Truppen genommen.

Auf dem linken Flügel nähern wir uns Cernavoda. Ein Marinischiff landete weit im Rücken des feindlichen Feindes, zerstörte zwei Flugzeuge am Boden und scherte unversehrt zurück.

Maqedonische Front.

Im Cerna-Wagen ist durch Angriff von deutschen und bulgarischen Truppen der Feind in die Verteidigung gedrängt.

Deutliche des Warbar leiterte ein wittlicher Vorstoß gegen deutsche Stellungen.

Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

„Bitte, Erna — laß dir erklären, wie ich dazu komme. Erinnerst du dich? — Du warst bei mir zu Besuch. Ich zeigte dir das Doreley-Album, das mit Heineken gefüllt ist. Ich habe es eine Stunde später zurückgegeben und die Wollkarte war weg!“

Erna hatte inzwischen geforscht die Adresse nachgeschrieben, aber mit ganz merkwürdig geraderstehenden Buchstaben.

„Das ist deine gewöhnliche Handschrift nicht!“ riefen drei, vier der Mädchen erregt.

Statt einer Antwort schlug Erna die Hände vor das Gesicht und hing herabgeden an zu schluchzen.

„Aber Erna! — Erna! — Wie kannst du gleich so beleidigt sein? Verahige dich doch!“

„Es half alles nichts. Die junge Dame schluchzte, als ob sie nicht in Lehmanns Konditorei, sondern in der höheren Mädchenschule nach schlechter Jesur läge, und so laut, daß die alte Lehmann aufgeregt herein kam.“

„Bitte, Frau Lehmann“, hat Leonore leise, „bringen Sie ihr schnell noch zwei Wollkartspindel!“

„Sie sie kamen, erleichterte Erna ihr schuldbeladenes Herz. „Ich will's getehen. Als ich diese Briefkarte, die ich so lange vermisste, in dem Album fand, habe ich sie wieder an mich genommen. Sie ist mein Eigentum. Ich habe sie dann später an Liese Schmidt geschickt. Aber das konnte ich nicht abgeben, daß ihr sie, ohne mich zu fragen, Grundmann aus Katscher legen würdet!“

„Na, dann ist ja alles gut“, trösteten einige.

„Nein“, sagte Leonore gütig, aber streng. „Gut ist natürlich das alles nicht. Vor allem ist es schlimm, daß wahrscheinlich Unschuldige ein Verdacht trifft, z. B. Hans v. Heineken.“

„Ich ja, keinen Hans!“ riefen sie alle lachend wie aus einem Munde. „Lorden, Lorden, du solltest den lieben Menschen, der dich ja doch nie betrunken kann, nicht ungnädig zappeln lassen! Das ist noch unvollständiger als Krebs lebendig fochen! Nimm du nur Ennas alten Verehrer, Grundmann.“

Aber Leonore wollte davon nichts wissen — nein — nein — nein —

„Ja, Kinder“, meinte sie, „was tun wir denn nun? Ich glaube, wir müssen an Grundmann schreiben, wie die Sache liegt — offen und ehrlich — aber natürlich schonend für Erna.“

Gedächtnis über einen Mittelt Vorts.

c. B. Stockholm, 23. Oktober. Seit einigen Tagen ist in Petersburg wieder einmal das Gerücht im Umlauf, der Finanzminister Barzileh habe genügt, seinen Posten demnach zu verlassen und er werde durch den leitenden Direktor einer Petersburger Großbank ersetzt werden. Wie von gut unrichtiger Seite mitgeteilt wird, ist dieses Gerücht zurückzuführen, daß der Leiter der Petersburger Internationales Handelsbank, Wladimir, und der erste Direktor der russisch-finnischen Bank, Wladimir, sich mit dem Generalen tragen, ihre führenden Posten aufzugeben, um, wie man an der Petersburger Börse wissen will, sehr wichtige Staatsstellungen anzutreten. Ob es sich bei einem dieser Herren wirklich um die Nachfolgerschaft des Ministers Barzileh handelt, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Dem Vernehmen nach hat die britische Regierung an die russische das Verlangen gerichtet, einen Engländer gleichen Ranges an die Spitze der vorgenannten Kreditanstalt zu stellen, die bei den recht verworrenen Beziehungen der englischen und russischen Finanzverwaltung eine besondere große und wenig dankbare Rolle spielt. Es ist daher nicht unmöglich, daß Herr Barzileh gerade für diesen Posten ausersehen ist.

Lebensmittelfakten in Danzau.

TU. Bern, 23. Okt. Kaufmann hat als erste Schweizerische Stadt Lebensmittelkarten eingeführt.

Einigung über den Austausch deutscher und britischer Zivilgefangener.

c. B. Berlin, 23. Oktober. Die „Times“ melden: Es scheint sicher, daß die Verhandlungen über die Heimkehr der deutschen Zivilgefangenen im Alter von über 45 Jahren im Austausch gegen britische Zivilgefangene gleichen Alters nun zu einem befriedigenden Abschluß gekommen sind und der Austausch stattfinden wird. Trotzdem mehr deutsche Zivilgefangene vorhanden sind als englische, wird der Vertrag in England begrüßt. Er ist zum großen Teile den anerkannten Grundsätzen in den beiderseitigen Satzungen zu danken. Trotz einiger Einschränkungen werden sojagale alle Zivilgefangenen von mehr als 45 Jahren heimkehren. Für Versorgung der britischen Gefangenen in Deutschland und anderen feindlichen Ländern und in den neutralen Ländern hat das Zentralkomitee für Kriegsgefangene in London neue Maßnahmen getroffen. Danach sollen die etwa 1000 bestehenden Organisationen zusammengefaßt und dafür gefordert werden, daß unabhängig von der privaten Wohltätigkeit, jeder Gefangene eine ausreichende Unterstützung an Lebensmitteln und anderem Sebarie erhält. Persönliche Sendungen sollen zwar allein durch das Zentralkomitee befördert werden, aber sonst keinerlei Beschränkungen unterliegen.

Seereslieferungen vor dem Reichshaushaltsauschuß.

Berlin, 21. Oktober 1916.

Ein nationaler Redner führt aus, daß dort, wo eine schnelle Produktionssteigerung nur tue, allein dieser Gesichtspunkt für die Frage entscheidend sein müsse, ob bestehende Fabriken erweitert oder Neubauten geschaffen werden sollen. Ertrübnisweise sei eine Beförderung einzutreten in dem ungläublichen

Zwischengewinnfluten.

an dem sich geschäftstüchtige Damen und Herren immer einwandfreier vor bereitig hätten. Vielleicht müßte man die Säge der Kriegesgewinnsteuer noch erhöhen. Nachdem die Preise aber einmal heruntergebrückt seien, dürfe man jetzt nicht ins gegenteilige Extrem verfallen. Es gebe auch in der Not befindliche Industriezweige. Das Kriegsministerium habe versprochen, wenn die Industrie ihren Verkaufspreisen die Gefühlsgehalt zugrunde legen wolle, was der allein vollkommene richtige Gesichtspunkt sei. Selbst bei Luxusartikeln sei das Kriegsministerium

Der Brief wurde denn auch gleich entworfen:

„Hochgeehrt Herr Doktor!“

„Hochgeehrt! Niemand! Das klingt ja viel zu untermwürdig!“ war Liese Schmidt ein.

„Man einigte sich auf „Hochgeehrt!“ Die Steigerung form glückte alle Unterwürdigkeit aus, meinte Liese diplomatisch. Als Tochter eines Regierungsrats konnte sie das wäßen. Also:

Hochgeehrtester Herr Doktor!

Schweren Herzens müßen wir Ihnen ein Gesändnis ablegen. Die Karte hatte die ursprüngliche Wollkarte in aus dem Doreley-Album als ihr Eigentum wieder an sich genommen und sie dann leider einer Fremden, die Aufnahme sammelt, geschickt. In der Karte aber meinten Sie, es wäre Ihnen, hochgeehrtester Herr Doktor, ganz angemessen, das Schriftstück wieder zu bekommen. Deshalb wurde sie Ihnen aus Katscher gelegt, was Sie nicht über deuten und bitte, bitte verzeihen wollen. Anders, die Sie vielleicht im Verdachte haben, sind ganz unabhängig an der Sache, namentlich ein Schüler des Bahadogiums, Johannes v. Heineken, früher Leiter der Doreley, der einigen der Unterzeichneten näher befreundet ist —

„Am Gottes willen — näher befreundet!“ — rief Leonore indigniert.

„Aber diese Liese Schmidt verständigswoll und berechnungslustig — namentlich ein Schüler Johannes v. Heineken, der einigen von uns vorgefellt ist —“

„So ist es besser“, amete Leonore erleichtert auf, „vorgefellt ist er ja! Nun mach' nur kurz den Schluß hinten dran!“

„Und der Schluß, von der diplomatischen Liese vorgefellt, hier:

„In der Annahme, daß Sie den Ausdruck tiefsten Bedauerns über die Ungehörigkeit, mit solchen hochgeehrten Damen leichtfertig umzugehen, für die ganze Klasse gelten lassen, sprechen wir Ihnen herzlichsten Dank für Ihre Vorkommnisse und auch dafür aus, daß Sie auf eine Unterstützung des bewährlichen Vorkalles durch das Direktoratium hochgeehrt und schätzungsweise vergütet haben. In größter Hochachtung und Verehrung dankbar ergebend Ihre ergebenen und fröhlichen SchülerInnen.“

Erna Zeh, Leonore Agricola, Liese Schmidt, Felena Dehner, Anna und Aliza Schüller, Johannes Lebb, Altesa Koffi.

(Fortsetzung folgt.)

rium so verfahren, das bei ihm ein unmöglicher Standpunkt. Der Redner kritisiert ferner die

### Verhältnisse über angemessene Preise

Es werde nicht berücksichtigt, daß bei der Textilindustrie die Verhältnisse anders lägen als in der Schwerindustrie. Zu tabeln sei das Verhalten des Dertommandes in den Warten gegenüber der Firma Corda. Wie könne man angeht eines so scharfen Vorgehens die großen Gewinne der Munitionsfabrikanten verteidigen! Die Vergütung auf der Basis der Leistungsfähigkeit plus eines bestimmten Gewinnmarginalen sei undurchführbar. Man könne die Selbstkosten bei einem einzelnen Stück gerade nicht feststellen. Bei der Beschlagsindustrie gehe es zwar nicht in allen Fällen an, die Selbstkosten zu sehen, aber im Falle der beschlagsnahen Güter solle man doch allzu große Zinsen vermeiden und von den Durchschnittspreisen absehen.

Der Kriegsminister erwidert, daß zwischen dem Kriegsministerium und den Vertretern der Textilindustrie verhandelt sei. Die Sache werde weiter verfolgt. Die Vertragspreisung müsse hoffentlich dazu beitragen, viele Klagen der Industrie zu beseitigen.

Major R 3 h: Wenn man den Streit über die Kriegslieferungen anfährt, kann man nur denken:

### armes Kriegsministerium!

Es muß immer zwischen den verschiedenen Interessen abgeklärt werden. Die Verzögerung über die Verkaufspreise mußte sich herauskommen, um das Empfinden der Preise zu verhindern. Die Industrie ist dabei gehört worden. Wie gehen von dem Grundab aus, es soll nicht mehr verdient werden als im Frieden.

Es muß aber unterschieden werden zwischen den Industrien, die für den Heeresbedarf arbeiten und denen, die die Zivilbevölkerung versorgen. Bei den Preisen treibt ein Artikel den anderen, deshalb mußte die Verzögerung sich auch auf sog. Luxusartikel erstrecken; eine Differenzierung ist hier unmöglich. Wir gestehen zu, daß behaverliche Mißgriffe der Revisionen vorgekommen sind, aber gänzlich verstanden kann man auf Revisionen nicht. Zinsen verbanden wir zum Beispiel die Aufhebung der Unregelmäßigkeiten in der Kriegslebensmittelgesetzgebung. Es ist von einer Seite verlangt worden, wir sollten Sachverständige heranziehen. Wenn die Sachverständigen erst da sind, dann sind sie der Industrie auch nicht angenehm.

Major R 3 h geht nochmals auf die Frage der Beschlagsindustrie ein. Obwohl die Beschlagsindustrie drohte, seien die Preissteigerungen der Industrie immer weiter gegangen. Die Preise, in denen Verluste entstanden sind, seien überaus zahlreich; sie im einzelnen zu untersuchen, dazu reiche das Material nicht aus.

Ein Redner der Deutschen Fraktion legt, daß Praktiker in die Bureaupolitik hineingezogen würden. Man solle auch prüfen, ob die Produktionskosten richtig berechnet sind, denn davon hänge alles übrige ab. Vielfach bestrebe eine prinzipielle Abneigung des Kriegsministeriums gegen die Wünsche der Industrie. In Ost- und Westpreußen seien Versuche zur Industrialisierung gemacht worden ohne rechten Erfolg. Dort stehe es nicht besser als in den industriearmen Gegenden Bayerns.

### Vom Zentrum läuft

#### ein Antrag

1. dem Herrn Reichstangler zu erlauben
1. dem Reichstag bei jedem Zusammentritt eingehende Aufstellungen zugehen zu lassen über die Verteilung der Heeres- und Marineleistungen auf die einzelnen Bundesstaaten,
2. dahin zu wirken, daß die Lieferungen möglichst gleichmäßig auf alle Bundesstaaten verteilt werden,
3. daß die vom Reich unterliegenden Kreisunterstützungen für Heereszwecke gleichfalls kundlich allen Bundesstaaten zugute kommen und Verfügungen in der Steuerkraft der einzelnen Bundesstaaten möglichst vermieden werden.

Ein Zentrumsredner begründet diesen Antrag. Er führt ferner aus, es wäre zu wünschen, daß nach den Hauptorden der Kriegsinstrumente aktive Offiziere gestellt würden, um gute Fühlung mit der Industrie zu halten. Die Sachverständigen dürften nicht die letzte Entscheidung in Sünden haben. Der Redner schlägt vor, Beiräte aus den Kreisen der Industriellen und der Arbeiter heranzuziehen, damit alle Schwierigkeiten sofort zur Kenntnis des Kriegsministeriums kommen. Bei Lieferungsverträgen sollte nicht vergessen werden, daß es unmöglich ist, die Selbstkosten festzustellen, selbst der häufigste Kaufmann könne die Richtigkeit einer solchen Aufstellung nicht nachprüfen. Es müßte dagegen möglich sein, von den Friedenspreisen ausgehend einen angemessenen Kriegspreis zu errechnen. Eine individuelle Berechnung der Selbstkosten sei unmöglich.

Der Kriegsminister erklärt zu Ziffer 1 des Zentrumsantrages, daß man auf das Wort „eindeutig“ nicht zu großen Wert legen sollte, die Sache sei außerordentlich schwierig, es werde gesehen, was möglich ist. Die vom Vorkredner gemündeten detaillierten Offiziere wären schon vorhanden, auch Beiräte existierten schon. Was die Preisfestlegung anbelange, so könne man sich bei neuwertenden Mitteln und Faktoren doch nur an die Selbstkosten halten.

Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei stimmt dem Antrag des Zentrums mit einer Einschränkung zu. Von national-liberaler Seite wird zu dem Zentrumsantrag ein Zufantrag gestellt, hinter dem Wort Bundesstaaten in Ziffer 2 einzufragen die Worte „innerhalb ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“.

Ein sozialdemokratischer Redner erklärt, daß auch seine Partei Bedenken gegen den Antrag habe, gleichwohl aber dafür stimmen werde. Das Kriegsministerium solle sich auch um die

Ernährung der Arbeiter in den Betrieben der Kriegsinstrumente, das liege in jenem eigenen Interesse; zu diesem Zwecke solle mit den Arbeiterauschüssen Fühlung genommen werden.

Oberst von Wriesberg erklärt, daß in den krieglichen Betrieben die Ernährungsfrage gelöst sei. Hier sei auch die Verbindung mit den Arbeiterauschüssen hergestellt.

General von Oven: Wir schenken der Ernährungsfrage hinsichtlich der Arbeiter der gesamten Kriegswirtschaftsindustrie fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit. Zur Er-

haltung ihrer Leistungsfähigkeit sollten diesen Arbeitern die erforderlichen Zulagen gegeben werden.

Ein sozialdemokratischer Redner verlangt für die Arbeiter der Kriegsinstrumente die Verabreichung warmen Essens ohne Anrechnung auf ihre Steuern und Zehntensparten. Redner fragt an, was an der Beschaffung wahr sei, daß seitens der Fabriken bei der Abgabe von Nahrungsmitteln an ihre Arbeiter Gewinne gemacht würden.

Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärt die Klagen der Arbeiter in der Kriegsinstrumente über schlechte Ernährung für berechtigt.

Die Debatte ist damit beendet; in der Abstimmung wird der vorerwähnte Zentrumsantrag mit der national-liberalen Abänderung angenommen. Angenommen wird auch ein fernerer Antrag des Zentrums, der den Weiskamler ersucht, dahin zu wirken, daß die Heeresverwaltung die bei Beendigung des Krieges für die entsehrlich gewordenen Pferde, Fahrzeuge und Geräte an Verkaufserlösen der Landwirtschaft und Gewerbebetriebe zu billigen Preisen veräußert.

Hierzu erklärt Oberst von Wriesberg: Die Demobilisierung ist schon fertig vorbereitet. Grundlag ist keine Verschleuderung der Vorräte; zuerst müssen die Bevölkerungs-freie besonders herbeiführt werden, die alles hergegeben haben in Landwehrkraft, wie in der Industrie.

Darauf vertagt sich die Kommission auf Montag vor-mittag. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der am Freitag abgebrochenen Debatte über Ernährungsfragen.

## Deutsches Reich.

### Der umgewandelte „Vorwärts“.

#### Eine Erklärung der Parteivorstände.

Die Übernahme der verantwortlichen Leitung des sozialdemokratischen Zentralorgans durch ein Mitglied des Parteivorstandes hat zu Protesten der Pressekommission und der Redaktionsmitglieder geführt. Dazu erklärt jetzt der Parteivorstand u. a.:

Die Wiederausgabe des „Vorwärts“ wäre unmöglich gewesen, wenn der Parteivorstand nicht so eingegriffen hätte, wie es geschah. Doch die Parteileitung für den „Vorwärts“ einen Jersurismus manna stellt, der nichts anderes tun als aufpassen soll, daß dem „Vorwärts“ in seinem Kampfe gegen die Parteimechtheit und die Parteitotung nichts passiert, konnte sich nach ihren bisherigen Erfahrungen mit dem „Vorwärts“ nicht zugemutet werden. Wenn der Parteivorstand die Verantwortung für den „Vorwärts“ dem Oberkommando und der gesamten Öffentlichkeit gegenüber übernehmen sollte, war es selbstverständlich, daß er auch entsprechende Rechte in Anspruch nahm. Vollkommen hinlänglich ist der Vorwurf, daß den Lesern des „Vorwärts“ die Mehrheitspolitik aufgedrängt werden soll. Davon ist gar keine Rede, und die bisher erschienenen Nummern des „Vorwärts“ beweisen, daß daran gar nicht gedacht worden ist. Als Zentralorgan der Partei hat der „Vorwärts“ allerdings die Aufgabe, die Gesamtpartei zu vertreten, nicht aber ausschließlich im Interesse einer bestimmten Richtung innerhalb der Partei zu wirken. Wenn die „Vorwärts“-Redakteure behaupten, daß der „Vorwärts“ in Zukunft seinen einheitlichen geschlossenen Charakter mehr haben könne, so ist das auch nicht richtig. Der „Vorwärts“ kann einen solchen haben und trotzdem den Wortführer beider Parteirichtungen eine Tribune sein, von der aus sie zu den Massen sprechen können.

Zum Schluß wird dem Blatt die Aufgabe gestellt, für den Schluß zu wirken und die Arbeiterinteressen wahrzunehmen.

In den radikal-sozialdemokratischen Kreisen werden allseits Genationen eingeleitet, um den „Vorwärts“ in seinem jetzigen jetzigen Gewande zu boykottieren. Man hat bereits begonnen, zu diesem Zwecke ein besonderes Flugblatt zu verbreiten. Ein Jurist hat, nachdem Hermann Müller vom Parteivorstande der eigentliche Chefredakteur des „Vorwärts“ geworden ist, herausgefunden, daß die Redaktion fernere als „kolle-giale Redaktion“ eingestuft worden ist, und daß der jetzige Zustand daher dem Anstellungsvertrage widerspreche. Man will deshalb auf Einhaltung dieses Vertragsverhältnisses flagrant werden.

### Zeitungsbesuch zum „Vorwärts“-Streit.

Eine sehr lebhaftige Aussprache fand Sonntag vormittag im Gesellschaftshaus vor der Kreis-Generalsammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine von Zeitungsbesuchern - Charlottenburg. Die Berliner Vorbesucher teilte die bekannten Vorgänge, die zum Verbot des „Vorwärts“ und zur Wiederaufhebung geführt hatten, mit und bemerkte, das Oberkommando habe deswegen eine Be-änderung des Redaktionspersonals des „Vorwärts“ verlangt. Der Parteivorstand habe aber die Gelegenheit benutzt, um den gänzlich journalistisch unbefähigten Hermann Müller als Jenor zu bestellen. Der „Vorwärts“ stehe infolgedessen nicht mehr auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Partei, es sei deshalb erforderlich, daß sich die Berliner Ge-nossen ein eigenes Organ schaffen.

Redakteur Julian Borchard verlangt, daß jetzt Klarheit geschaffen werde. Um so mehr, da die Vorstandsmit-glieder Hermann Müller und Daniels aus der Parteiorganisation ausgetreten und sich einer Sonderorganisation angeschlossen haben. Trotzdem sei Müller zum Jenor des „Vorwärts“ bestellt. Der „Vorwärts“ sei ein vollständiges Re-gierungsorgan geworden. Die Zahl der Genossen im Reize sei bereits von einer Million auf 250.000 herabgefallen; wenn auch ein großer Teil derselben im Felde stehe, so haben doch viele Genossen ihren Austritt erklärt, weil sie die Politik des Parteivorstandes nicht mitmachen wollten. Es sei deshalb dringend notwendig, zu beschließen, daß dem Parteivorstande keine Beiträge mehr bezahlt würden, man könne doch nicht verlangen, daß die Arbeiter eine Agitation für den Regierungssozialismus nach bezahlen. — Schrift-steller Kauzsch bezieht die Vorschläge von Borchard als nicht gangbar, da sie kein praktisches Ergebnis haben werden. Wenn es nicht gelinge, der Macht des Parteivorstandes eine gleiche Macht entgegenzusetzen, dann könne man nichts erreichen. Die Beitragsperre werde ein großer Hebel, da sich abdam die betroffenen Genossen außerhalb der Partei stellen. Das wäre aber nur der Wunsch des Parteivorstandes, der sehr gern die Opposition aus der Partei bringen möchte.

Die weiteren Redner traten jedoch für die Beitragsperre, für die Abstellung des „Vorwärts“ und Begründung eines neuen Organs ein. Es gelang schließlich mit 95 gegen 6 Stimmen ein Antrag, der der Verbandsgeneralver-sammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins unterbreitet werden soll, zur Annahme. Darin wird gefordert, daß, solange ein Mitglied des Parteivorstandes in der Redaktion des „Vorwärts“ nicht nur über die Ein-haltung der Zensurvorschriften wacht, sondern auch den Ge-halt des Blattes bestimmt, die jetzige Redaktion ihre Mit-arbeit einstellt. Gleichzeitig beauftragt die Verbands-generalversammlung den geschäftsführenden Ausschuß, die Beschaffung eines neuen, den politischen Anschauungen der Berliner Arbeiterkraft entsprechenden Organs in die Wege zu leiten. — Mit 65 gegen 25 Stimmen wurde dann, wie bereits mitgeteilt, der Antrag Borchard angenommen, die Perre eibetrag zu setzen. Im weiteren wurde beschlossen, das Parteivorstandes zu kündigen, sobald diese gegen die Parteivorschläge verlegen, und endlich festzustellen, wie weit der „Vorwärts“ und des Partei-Verbandsaus-gangens der Berliner Genossenschaft seien. Endlich wurde noch beschlossen, bei den bevorstehenden Stadtverordneten-wahlen im Kreise Teilmot nur Kandidaten aufzustellen, die nicht auf dem Boden der Politik des 4. August 1914 stehen.

## Ausland.

### Verhör mit dem Mörder des Grafen Stürgkh.

a. B. Budapest, 23. Oktober. Der Wiener Spezialberich-terlaten des „Ullmag“ hatte eine Unterredung mit dem Leiter der polizeilichen Strafverteilung, Stadrat, der am Verhöre Adlers teilnahm. Adler war auffallend ruhig. Er kümmert sich um gar nichts. Nicht um sein Schicksal, nicht um die niedergerichteten Tage, die er seinem Vater bereite. Polizeirat Dehnal sagte dem Korrespondenten: Adler ist ein exaltierter Mensch, der hauptsächlich ohne Rücksicht auf die Handlung. Er wird nicht auf Grund des Ausnahmefalles abgeurteilt, sondern auf Grund des § 134 des österreichischen Strafgesetzes. Dieser und § 136 be-zugten den Täter und Mithilfende zum Tode durch den Strang. Witzende Umstände bestehen nicht, doch werden die Nebenurteile noch Gutachten abzugeben haben. Richtig gibt es pathologische Symptome, aber an der vollen Zurechnungsfähigkeit zweifelt niemand. Dem-selben Berichtsherausgeber der Zeitung äußerte der erbe Sekretär der österreichischen sozialistischen Partei, Ferdinand Staret, u. a., daß Adler viele Freunde hatte. Er war Anhänger der radikalen Politik und mangelte ihm das Selbstbewusstsein. Staret erklärte sich entschieden gegen die Annahme und gegen das angelegte Geländnis Adlers, wonach das Verbot der Verarmung, die die Einberufung des Parla-ments zu fordern hatte, ihm die Waffe in die Hand gedrückt hätte. Im Gegenteil, sagt Staret, Adler nahm gegen die Einberufung Stellung (?) und hat dies auch niedergeschrieben.

### Die österreichischen Sozialdemokraten über die Ermordung des Grafen Stürgkh.

a. M. Wien, 23. Oktober. Dem „Volkswort“ zufolge hebe eine offizielle Kundgebung des sozialdemo-kratrischen Parteivorstandes von Oesterreich zu der Ermor-dung des österreichischen Ministerpräsidenten bevor. Der Parteivorstand werde in einer Tagesordnung die Ermor-dung durch einen Angehörigen der sozialdemokratischen Par-tei als eine mit den sozialistischen Prinzipien niemals zu vereinbarende Gewalttat von sich weisen. Ein Antrag ist diesem Sinne bereits dem Parteivorstand vor.

### Die Präsidenschaftswahlen in Preußen.

T. U. Bern, 23. Oktober. Ueber Dittmann wird aus Rio de Janeiro gemeldet, Senator von Barboza und der Mi-nister der auswärtigen Angelegenheiten La Mueller hätten sich als Kandidat für die brasilianischen Präsidenschaftswahlen aufstellen lassen.

## Gerichtsverhandlungen.

Berlin, 21. Okt. (Wegen Kriegswunden) hatte sich vor der Strafkammer des Landgerichts III der Kaufmann Anton Dingelde, Geschäftsführer der Seifenfirma Artub Wallerowski G. m. b. H. zu verantworten. Die Firma unterhält 115 Filialgeschäfte in Berlin, Charlottenburg und Wilmersdorf. In der Filiale Rentierstr. 146 in Charlottenburg ist seit verfluten Wochen für die ein Preis von 50 Wfa. das Glas berechnete worden, obwohl sie noch aus alten Beständen her-vührt. Nach unverständlichen Gutachten hatte für die Seife höchstens ein Preis von 40 Wfa. berechnet werden dürfen. Das Schöffengericht hatte ferner auf Freisprechung erkannt; der Staatsanwalt hatte hiergegen Berufung eingelegt und beantragt 300 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer verurteilte den Ange-klagten zu 1000 Mark Geldstrafe.

## Provinzial-Nachrichten.

Stenburn, 23. Okt. (Stadtgerichtsaussch.) Stadtaus-schreiber Otto Lehmann verurteilte die Gebäude, sowie den größten Teil des Felbes und Inventars seines Gutes an das Bankhaus Max Meyersohnen zu Otten.

Wittenberg, 21. Okt. (Das von Königlichem Ritter-gut Sörngall) bei Wittenberg ist an Herrn Rittergutsbesitzer G. Rich, Dahlem, verkauft und von diesem bereits übernommen worden. Den Verkauf vermittelt die Firma Gustav Dingelde Nachf. Paul Reimert in Dessau.

Schnefeld, 21. Okt. (Die Rätliche Fischzucht) ist die am Breitenwege eröffnet worden. Ein von Ziegen auf mit der Fischzucht besandener Felder, von der Unter-sante ist von jenem Transparenz auf drei Wochen beurlaubt und wird zwei ständige Angestellte mit der Kunst des Küchens ver-traut machen.

Was Anhalt, 23. Oktober. (Der Beirat des Landes-ernährungsamtes) hat beschlossen, die wöchentliche Nahrungsmittel-ration von 250 Gramm auf 200 Gramm herabzusetzen, weil andern-falls in späteren Monaten eine noch weitestgehend weitgehende Verbesse-rung mit Rücksicht auf unsere Wirtschaft sich nicht würde haben vornehmen lassen. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß seit Einführung der Reichssteuerkarte bei Abgabe von Fleischmehl die doppelte Menge an die Fischzucht gewährt wird. Ueber die Frage der Gemeinderzeugung konnten die schlesischen Bezirke der Kommunalbeiräte ein abschließendes Urteil noch nicht abgeben, es wurde aber die Erziehung einer Vermittlung stelle beim Magistrat in Dessau, bei der unentgeltlich der Bedarf von den größeren Kommunalbeiräten zusammengefaßt, unterbreiten soll.

